Sonderausgabe/April 2013

CARITAS *Konkret*

caritas für köln

DAS MAGAZIN DES CARITASVERBANDES FÜR DIE STADT KÖLN E.V.

Sonderausgabe:

Kürzungen der Stadt gefährden das soziale Köln

+++ Sozialraumkoordination – gekürzt + Antidiskriminierung – gestrichen + Interkulturelle Zentren – gestrichen + Förderung Therapiezentrum für Folteropfer – gestrichen + Bürgerzentren – gekürzt + Seniorenarbeit – gekürzt + Offene Ganztagsschule – gekürzt + Globalmittel – gestrichen +++

Quo vadis Colonia

– oder wohin entwickelt sich unsere Stadt?

Die Herausforderungen des Haushaltes für die Stadt Köln sind gigantisch! Köln hat ein Haushaltsdefizit von 1,2 Milliarden Euro bis zum Jahr 2015. Im Jahr 2013 muss die Stadt einem Defizit von über 230 Millionen Euro entgegen steuern.

Ein solches Defizit kommt nie überraschend. Es ist immer auch eine Folge unseres Handelns in den letzten Jahren. Ein solches Defizit ist aber auch ein deutliches Zeichen von strukturellen Fehlentwicklungen in der Finanzausstattung der Gemeinden und der Zuweisung zusätzlicher Aufgaben ohne finanzielle Kompensation.

Die Verwaltung hat unter der Leitung von Oberbürgermeister Jürgen Roters Sparvorschläge zur Bekämpfung des Defizits gemacht. Wir alle kennen die wunden Punkte dieses Haushaltsentwurfs. Erstens: Die Dezernate Jugend und Soziales machen ca. 50% des Gesamthaushaltes der Stadt Köln aus. Sie haben aber rund zwei Drittel der geplanten Einsparungen zu leisten. Die Bereiche Jugend und Soziales werden also überproportional belastet. Zweitens: Die meisten Einsparvorschläge der Verwaltung gehen zu Lasten der Bürger und der freien Träger! Die Reduzierung eigener Verwaltungsleistungen und Bürokratieabbau sind in den Haushaltsplanentwürfen nicht gleichwertig erkennbar.

Und so folgt dann eine Liste des Schreckens, deren Auswirkungen wir in dieser Sonderausgabe beispielhaft darstellen. Der Oberbürgermeister hat am 21. Dezember 2012 im Kölner Stadtanzeiger seine Vorschläge als „nicht in Stein gemeißelt“ bezeichnet. Die üblichen Veränderungsnachweise aus der Verwaltung zur Weiterentwicklung des Haushalts bleiben aber aus. Anscheinend soll die Politik es alleine regeln!

So appellieren wir mit dieser Ausgabe an die Kölner Politik, an alle Damen und Herren im Kölner Stadtrat:

- Lassen Sie nicht zu, dass in Köln der Sozial- und Jugendbereich überproportional gekürzt wird.
- Sorgen Sie für eine ausgeglichene Belastung von freien und öffentlichen Trägern bei unausweichlichen Kürzungen! Lassen Sie nicht zu, dass die gemeinsame Verantwortung von freien und öffentlichen Trägern für das soziale Köln aus der Balance gerät.
- Fixieren Sie nicht die Kürzungen auf den hoch effektiven Bereich der präventiven freiwilligen Leistungen. Kürzungen in diesem Bereich werden die Stadt schon kurzfristig deutlich mehr kosten, als sie einsparen würden!
- Sorgen Sie dafür, dass Köln sozial bleibt, dass es gute Rahmenbedingungen für Familien und Senioren gibt und die Integration von Zuwanderern weiterhin das Kölner Image positiv prägt.

Die Kölner/innen verlassen sich auf Sie!

Peter Krücker, Sprecher des Vorstandes
Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Bild: © bluedesign-fotolia.com

IMPRESSUM
Herausgeber, V.i.S.d.P.:Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Peter Krücker, Sprecher des Vorstandes
Bartholomäus-Schink-Str. 6,
50825 Köln, www.caritas-koeln.de

Redaktion: Stab Öffentlichkeitsarbeit, Marianne Jürgens, Tel: 95570-237, E-Mail: marianne.juergens@caritas-koeln.de
Texte: Brigitte Brand-Wilhelmy, Andreas Hildebrand , Marianne Jürgens, Sibylle Klings, Peter Krücker, Monika Kuntze, Jochen Ott, Susanne Rabe-Rahman

Fotos: Caritasverband Köln, Deutscher Caritasverband e.V./KNA, fotolia, Rendel Freude, IN VIA
Auflage: 4200
Druck: cariprint, Tel: 379549-02
Die nächste Caritas Konkret erscheint Juni 2013.

Es muss gespart werden!

„Bürgerinnen und Bürgern muss klar sein, dass das nicht ohne „Schmerzen“ geht.“

Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen. Köln ist mit einem massiven Schuldenberg konfrontiert und muss nachhaltig sparen – soweit besteht Einigkeit. Wo und wie gespart werden soll, das ist jedoch die große Frage. Der Haushalt für 2013/2014 ist nun eingebracht. Die geplanten Kürzungen stoßen zum Teil auf massive Kritik. Dabei muss man aber die Kirche im Dorf lassen. Noch nie war in einem Kölner Haushalt so viel Geld für Soziales, Kinder, Bildung und Jugend eingeplant. Doch der Aufschrei in den meisten Fällen weitaus größer als die geplanten Einsparungen. So wird bei der offenen Ganztagsschule von drohenden Kürzungen zu Lasten der Kinder fabuliert – rechnet man die Kürzungen durch, wird schnell klar, dass pro Kind und Monat 2,77 Euro weniger vorhanden sind. Von 2,77 Euro wird die Bildungs- und Betreuungsqualität unserer Kinder nicht entscheidend besser oder schlechter, zumal wir in Köln noch immer mehr zahlen als andere Städte in NRW.
Die Stadt Köln muss künftig weniger Geld ausgeben. Wir müssen in den Blick nehmen, welche Strukturen und Ausgaben für die Stadt von besonderer Wichtigkeit und nicht wegzudenken sind. Umgekehrt können wir nicht alle Ausgaben für heilig erklären. Jede Pflichtausgabe, die durch Vorgaben von Bund und Land sakrosankt erklärt wird, erhöht den Druck auf die freiwilligen Leistungen.
Wir haben mit einer chronischen Unterfinanzierung der Infrastruktur zu kämpfen. Es ist zu wenig Geld für unsere Schulgebäude vorhanden – aber auch zu wenig Geld für unsere Straßen oder Brücken. Wenn also nicht genug Geld für alle gewünschten Ausgaben vorhanden ist, müssen Prioritäten gesetzt werden und zwar mit Augenmaß und einem Gefühl für die Bedürfnisse der Menschen. Dabei ist für mich vorsorgende Politik von besonderer Bedeutung.
Wie wichtig der Sparansatz ist, wird spätestens klar, wenn wir die Kommunen betrachten, die sich in der Haushaltssicherung befinden. Diese Kommunen können nichts mehr selbst entscheiden. Sparen wir nicht, ergeht es Köln genauso. Wobei offensichtlich ist, dass die Länder und die Kommunen chronisch unterfinanziert sind. Das muss nach der Bundestagswahl geändert werden. Dies darf aber nicht als Ausrede herhalten, die eigenen Plichten in der Haushaltspolitik zu vernachlässigen! Noch können wir immerhin selbst über die Prioritäten unserer Stadt entscheiden. Das soll so bleiben. Daher muss gespart werden.
Sicherlich sind die Vorschläge der Verwaltung nicht der Weisheit letzter Schluss. Aber es ist ein Anfang. Letztlich wird es darum gehen, städtische Aufgaben einzustellen und den Bürgerinnen und Bürgern muss klar sein, dass das nicht ohne „Schmerzen „ geht.
Wichtig dabei ist, dass wir nicht auf die hören, die am besten organisiert sind, sondern versuchen, das Allgemeinwohl in den Mittelpunkt zu stellen. Die Menschen in den benachteiligten Veedeln haben oft keine mediale Rückendeckung. Gerade die Caritas erlebe ich da als Bündnispartner einer sozial gerechten, vorbeugenden Politik. Gemeinsam sollten wir einerseits auf der Seite der kleinen Leute stehen und andererseits selbstkritisch städtische und caritative Strukturen überdenken.
// **Jochen Ott**

Jochen Ott, MdL und stellvertretender Vorsitzender Landesvorstand NRW/SPD

GEKÜRZT

Sozialraumkoordinatoren für „Lebenswerte Veedel“

Preisgekröntes Konzept fällt Spardiktat zum Opfer

In Köln gibt es Stadtteile, in denen die sozialen Probleme besonders prekär sind. 2006 starteten Stadtverwaltung, freie Wohlfahrtspflege und die Kommunalpolitik gemeinsam die Initiative „Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“, um dem sozialen Sprengstoff in benachteiligten Stadtteilen entgegen zu steuern.

Nach den Kürzungsvorschlägen der Stadt sollen die Mittel für Sozialraumkoordinatoren um 50 % gekürzt werden.

In Sozialräumen wie Rondorf/Meschenich, Höhenberg/Vingst, Finkenberg, Bilderstöckchen, Humboldt-Gremberg, Chorweiler, Mülheim und Kalk leben überdurchschnittlich viele Menschen in Armut. Die Arbeitslosigkeit ist hier besonders hoch, ebenso der Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund.
Sozialraumkoordinatoren/innen vernetzen in insgesamt elf Sozialraumgebieten Menschen und Institutionen und finden mit Fachleuten und Bürgern vor Ort kreative und konstruktive Lösungen. In Mieterversammlungen, Elterncafes, Bürgerkonferenzen, Nachbarschaftsinitiativen, Eltern-Kind-Gruppen und vielen weiteren Aktivitäten wird das Konzept eines lebenswerten Veedels verwirklicht. In Meschenich gibt es auf Initiative des Sozialraumkoordinators die offene Sprechstunde einer Familienhebamme, das ehrenamtliche Engagement von Stadtteilmüttern, eine Selbsthilfegruppe für Alkoholkranke, die Drogenberatung am Kölnberg, eine Kinderbibliothek und vieles mehr.
Aktuell wurde das Kölner Handlungskonzept „Lebenswerte Veedel“ jetzt mit dem „Preis Soziale Stadt 2012“ als eines von 10 bundesweit herausragenden Beispielen für soziales Engagement und Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen unter 171 eingereichten Projekten in Berlin gewürdigt. Nach den Kürzungsvorschlägen der Stadt sollen die Mittel für Sozialraumkoordinatoren um 50% gekürzt werden.
Das hätte fatale Folgen: Wenn es keine Koordination mehr gibt, zerfallen die aufgebauten Netzwerke und Initiativen, engagierte Bürger ziehen sich wieder in ihr privates Schneckenhaus zurück und die gegenseitige Unterstützung und Nachbarschaftshilfe verschwindet schleichend. Wo bleibt hier die Nachhaltigkeit? Wo bleibt die sorgfältige Analyse der Wirkungen? Schließlich würde auch niemand auf die Idee kommen, einen Gärtner, der im Herbst eingestellt wird, im Frühjahr wegen mangelnden Erfolgs wieder zu entlassen. Es fehlt ein Ansprechpartner und „Kümmerer“ im Sozialraum. Unabhängig davon entfallen auch Drittmittel, Projektgelder, die niedrigschwellige Angebote finanzieren.
Wir wollen nicht zulassen, dass die deutliche Verbesserung der Lebenssituation für die Menschen vor Ort dem Spardiktat zum Opfer fällt! Im Sinne der Prävention muss das Sozialraummodell weiter ausgebaut und gestärkt werden, um Folgekosten zu sparen, wenn soziale Probleme aufgefangen werden müssen.
// **Marianne Jürgens, Monika Kuntze**

Bild: © Deutscher Caritasverband e.V./KNA

Lebenswerte Veedel

NACHGEFRAGT: BEI ANDREAS HILDEBRAND, SOZIALRAUMKOORDINATOR HÖHENBERG/ VINGST (KATH. JUGENDWERKE KÖLN E.V.)

Was hat sich für die Menschen in Höhenberg/Vingst durch die Sozialraumkoordination konkret verbessert?
In erster Linie konnte die Zusammenarbeit der Akteure vor Ort, Einrichtungen, Institutionen, Vereine und Gruppierungen deutlich verbessert werden. Informierten sich die Akteure in der Vergangenheit lediglich über eigene Vorhaben, so werden nun Angebote, Maßnahmen und Projekte zunehmend gemeinsam geplant und durchgeführt. Die gemeinsamen Planungen beruhen dabei auf sozialräumlichen Bedarfserhebungen, die von den Sozialraumkoordinatoren mit den örtlichen Akteuren durchgeführt wird. Entstanden ist hierdurch ein deutlich verbessertes Angebot für die Menschen vor Ort. Insbesondere die Zugänge zu den Angeboten sind wesentlich erleichtert, da die durchführenden Personen innerhalb des Sozialraumgebiets als Wegweiser und Türöffner fungieren. Viele neue Angebote sind überhaupt erst möglich geworden, weil vorhandene Ressourcen gebündelt wurden. Dies sind in der Hauptsache Personal, Sachmittel, Finanzmittel und Raumressourcen. Hier wird deutlich, dass durch die Koordination viele Synergieeffekte herbeigeführt wurden, die weit über die Drittmittelakquise hinausgeht. Von enormen Vorteil war es dabei in der Vergangenheit, dass die Sozialraumkoordinatoren flexibel handeln konnten und relativ unbürokratisch an den örtlichen Begebenheiten ansetzen konnten.
Welche Auswirkungen hat das für die Menschen in Höhenberg/Vingst, wenn es Sie hier als Sozialraumkoordinator nicht mehr gibt?
Die Netzwerkarbeit benötigt einen permanenten Motor. Die Organisation von Sozialraumkonferenzen, die Beantragung von Drittmitteln, die Aktualisierung von Adress- und E-Mailverteilern, das Weitertragen von aktuellen Themen in Verwaltung und Politik, die Entwicklung von neuen Netzwerkstrukturen und vieles mehr erfordert eine eigene Personalressource, also Menschen vor Ort, die gerade für diese Aufgabe Zeit haben und den Überblick behalten. Wenn dies in Zukunft nicht mehr stattfindet, sind die mühsam aufgebauten Strukturen akut gefährdet. Vielleicht passt an dieser Stelle das Bild der Radnabe am besten: Wenn man dem Rad die Nabe nimmt, so bleibt der Reifen zwar erhalten, aber es wird sich nichts mehr drehen.

GESTRICHEN

Köln – die Stadt der Toleranz und des friedlichen Miteinanders?

Das gilt in Köln leider nicht für alle Menschen.

Antidiskriminierungsarbeit

Arif K., in einem nordafrikanischen Land geboren, lebt seit vielen Jahren in Köln, hat hier studiert und eine feste Arbeit. Vor einigen Jahren ist er in ein eigenes Haus in einer ruhigen, bürgerlichen Wohngegend gezogen. Und damit fingen die Probleme an. Zunächst wurden er und seine Familie, vor allem von den direkten Nachbarn beschimpft: „Geht zurück in eure Hütten“, „schlampiges Volk“. Dann folgten sogar tätliche Angriffe. Mehrmals wurde die Polizei gerufen. Schließlich fand die Familie Unterstützung im Antidiskriminierungsbüro. Täglich werden die Mitarbeiterinnen der beiden Kölner Antidiskriminierungsbüros (in Trägerschaft des Caritasverbandes Köln und des Vereins „Öffentlichkeit gegen Gewalt“) mit solchen rassistischen Übergriffen und Ausgrenzungen konfrontiert und greifen schützend ein. Immer geht es darum, das Recht und die Würde der Menschen wieder herzustellen - Sachlagen klarzustellen, zu streiten, zu vermitteln, gesetzlich verbriefte Menschenrechte einzuklagen. Arif K. und seine Familie atmen wieder auf. Sie haben eine Stelle gefunden, die sich für sie einsetzt, die Situation klärt, zwischen den Parteien vermittelt und einen festen Ansprechpartner für die Familie bei der Polizei vermittelt.

Bild: © Deutscher Caritasverband e.V./KNA

Die Antisdiskriminierungsbüros greifen also ganz direkt ein, veranstalten aber auch öffentliche Aktionen und Workshops, in denen sie Jugendliche und Erwachsene gegen Diskriminierung und Rassismus sensibilisieren und ihre Zivilcourage stärken.
Und jetzt soll diese Arbeit gestrichen werden. Schön wäre es, wenn die Antidiskriminierungsbüros in Köln überflüssig wären. Aber so ist es leider nicht. Es gibt nach wie vor jede Menge zu tun. Die Fallzahlen – und hinter jedem Fall steht mindestens ein Mensch – sind nicht geringer geworden. Die Sensibilität gegenüber Menschen, die zu sozial vermeintlich schwächeren Gruppen gehören, nimmt gerade im Wahlkampf wieder rapide ab... Der Einfluss rechtsextremer Gruppierungen im Sport und im Stadtteil – aktuell gerade gegen Flüchtlingsunterkünfte– ist ungebrochen. Köln ist eine weltoffene und interkulturelle, multikulturelle Stadt – meistens. Da, wo sie es nicht war, haben die Antidiskriminierungsbüros in den letzten zwölf Jahren einen wesentlichen Beitrag geleistet, den Ruf der Stadt wieder herzustellen, beziehungsweise Menschen im Einzelfall zu ihrem Recht zu verhelfen. Wir wollen, dass alle Kölner die gleichen Chancen und ein Recht darauf haben, anders zu sein. Dafür machen wir uns stark! Und dafür braucht Köln die Antidiskriminierungsarbeit. Hier kann und darf nicht eingespart werden!
Susanne Rabe-Rahman/Marianne Jürgens

Interkulturelle Zentren in Köln – „Türöffner“ für Integration

Rund 40 Interkulturelle Zentren in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege oder einzelner Vereine/Initiativen sind Anlaufstellen für Menschen unterschiedlicher Kulturen.
Hier können sie sich treffen, Freizeitangebote wahrnehmen, Deutsch- und Integrationskurse besuchen, wichtige Informationen zum Leben in Deutschland, beispielsweise zum Gesundheitssystem erhalten. Deutliche Kürzungen sind für nächstes Jahr geplant, ab 2015 sollen die Zuschüsse ganz wegfallen. Dann werden Zuwanderer und die vielen ehrenamtlichen Initiativen, die in den Interkulturellen Zentren Veranstaltungen anbieten, vor verschlossenen Türen stehen. Die Integrationsarbeit, die hier geleistet wird, die Förderung von Bildung, Begegnung und Aufklärung steht damit vor dem Aus.

Bild: © Deutscher Caritasverband e.V./KNA

Köln gibt sich gerne das Image als weltoffene und multikulturelle Stadt. Doch mehr oder weniger alle kommunalen Beiträge für eine offene Stadt und eine gute Integration von Zuwanderern fallen den Kürzungsideen der Kämmerei zum Opfer.
Susanne Rabe-Rahman, Marianne Jürgens

Therapie für traumatisierte Flüchtlinge

Das Therapiezentrum für Folteropfer (TZFO) im Caritasverband für die Stadt Köln ist seit über 25 Jahren die Fachstelle für Arbeit mit schwer traumatisierten Flüchtlingen in Deutschland. Die Förderung des Therapiezentrums erfolgt durch Zuschüsse von UN, EU, Bund, Land und durch einen geringen Anteil der Stadt Köln und zwar mit einem jährlichen Zuschuss von 35.700 €. Dieser Zuschuss soll nach Meinung der Verwaltung gestrichen werden.

Im therapeutischen Bereich des Zentrums werden jährlich ca. 400 bis 500 Menschen behandelt. Hinzu kommen noch einmal so viele Flüchtlinge, die in der Sozialberatung Hilfe finden.
Die Arbeit des TZFO ist einzigartig, da hier fundierte traumatherapeutische Kenntnisse, Erfahrungen in der Diagnostik und Begutachtung mit kultursensibler Arbeit gebündelt werden. Ohne die Arbeit des TZFO sind besonders schutzbedürftige Flüchtlinge in Köln kaum therapeutisch zu versorgen. Da das Zentrum nicht Teil der medizinischen Regelversorgung ist, sondern die Mittel für ihre Arbeit stets neu beantragen muss, und da vorhandene Mittel auch immer als Kofinanzierung für Projekte dienen, gefährdet eine Kürzung städtischer Zuschüsse die Gesamtfinanzierung des TZFO und trifft ihre Arbeit empfindlich.
Mit der Streichung des Zuschusses würde die Stadt Köln den letzten Teil der kommunalpolitischen Verantwortung für traumatisierte Flüchtlinge aufgeben und damit ihrer humanitären Verpflichtung nicht mehr nachkommen. Die Arbeit des Zentrums für traumatisierte Flüchtlinge, und damit die Integration von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingsgruppen in die Kölner Stadtgesellschaft, darf nicht gefährdet werden. Die Kürzungen dürfen nicht die verwundbarsten Bewohner von Köln treffen.
Brigitte Brand-Wilhelmy, Leitung Therapiezentrum für Folteropfer

GESTRICHEN

Zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel?

Die Infrastruktur des Sozialstaates – oder: Die globale Bedeutung der Globalmittel

Demo gegen Kürzungen

Ein negatives Highlight auf der Kürzungsliste der Verwaltung ist die Reduzierung der sogenannten Globalmittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege um rund 75%. Da hört man doch gleich genauer hin: 75%, da bleibt ja nichts mehr übrig. Zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel?
Eine Kürzung der Globalmittel geht ans „Eingemachte“ und stellt den grundlegenden Aufbau des Sozialstaates in Frage. Um diese Dimension ermessen zu können, sei hier noch einmal das grundlegende Prinzip unseres Sozialsystems beschrieben:
In der Bundesrepublik Deutschland basiert der Sozialstaat fundamental auf dem Subsidiaritätsprinzip. Auf dieser Grundlage haben sich in der Historie die Wohlfahrtsverbände gegründet und sich in Spitzenverbänden organisiert. Heute gibt es davon sechs, die drei konfessionellen, Caritas, Diakonie und Synagogengemeinde, der Paritätische, das Deutsche Rote Kreuz und die Arbeiterwohlfahrt. Alle nicht-staatlichen und gemeinnützigen Träger des Sozialsystems sind in dieses System integriert. Daneben existiert ein System staatlicher Wohlfahrtsträger, also Ämter, Behörden und Organisationen, die von der öffentlichen Hand getragen werden. Beide Systeme tragen die gemeinsame Verantwortung für den Sozialstaat und sollten partnerschaftlich zusammenarbeiten.
Das Subsidiaritätsprinzip sagt aus, dass „Aufgaben und Problemlösungen so weit wie möglich eigenverantwortlich unternommen werden – also wenn möglich vom Einzelnen, von der kleinsten Gruppe oder der untersten Ebene einer Organisationsform“ (wikipdia). Dieses Prinzip ist im Grundgesetz festgeschrieben. Also haben soziale Leistungen der freien Träger Vorrang vor staatlichen Leistungen.
Zur Caritas in Köln gehören rund 100 katholische Träger und Organisationen mit Tausenden von Mitarbeitenden. Über diese vielfältigen Organisationen wird der weitaus größte Anteil des Kölner Sozialsystems in freier Trägerschaft erbracht. Ebenso vielfältig sind die Mitgliedsstrukturen bei Diakonie und beim Paritätischen: Selbsthilfegruppen, Elterninitiativen, kleine Vereine, alle sind in das System der freien Träger integriert.
Die Stadt Köln unterstützt die Spitzenverbände der freien Wohlfahrt, damit sie die übergeordnete soziale Verantwortung wahrnehmen können. Das erfolgt über die sogenannten Globalmittel. Hierdurch werden die Träger in die Lage versetzt, sozialpolitisch mitzuwirken, soziale Hilfen fachlich weiter zu entwickeln und anwaltschaftlich die Interessen Bedürftiger zu vertreten. Zusätzlich akquirieren die Spitzenverbände selbst - und in der Beratung ihrer Mitgliedsorganisationen - in erheblichem Umfang weitere Gelder, die die soziale Infrastruktur in Köln untermauern – und nicht durch die Stadt Köln bezahlt werden.
Mit einer Kürzung der Globalmittel um 75 % sollen die Wohlfahrtsträger und damit eine wesentlich Säule des Sozialstaates offenbar substanziell und nachhaltig geschwächt werden. Doch die Einschnitte gehen noch tiefer. Die Globalmittel haben einen Hebeleffekt für weitere soziale Angebote, die im Zuge dieser Kürzung dann ebenfalls eingestellt werden müssen.
Damit schadet sich die Stadt selbst: Leistungen, die die Spitzenverbände nicht mehr erbringen, wird die Stadt künftig selbst erbringen müssen. Damit wird dieser Sparvorschlag die Stadt bereits kurz- und mittelfristig deutlich mehr Geld kosten, als sie damit einspart.
Doch wer steuert zukünftig die große Zahl der unterschiedlichen freien Träger in Köln? Wer akquiriert Bundes-, Landes-, Stiftungs- und EU- Mittel für Angebote in Köln? Wer entwickelt die Hilfen fachlich weiter? Und wer vertritt die Bedürftigen im System der sozialen Hilfen? // **Peter Krücker**

DIE LANDESREGIERUNG NRW HAT DIE VON IHR EBENFALLS GEPLANTE KÜRZUNG DER GLOBALMITTEL INZWISCHEN VON 50% AUF 20% REDUZIERT. DAZU SCHREIBT UNS MARTINA GROCHOWIAK-SCHMIEDING, DIE SPRECHERIN FÜR SOZIALPOLITIK DER LANDTAGSFRAKTION DER GRÜNEN:

„Ich freue mich, dass es erklärte Absicht von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist, die Arbeitsfähigkeit der Wohlfahrtsverbände zu erhalten. Trotz der Sparanstrengungen, die das Land NRW ohne jeden Zweifel unternehmen muss, darf der soziale Frieden in unserem Land nicht gefährdet werden. Die Wohlfahrtsverbände leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft und sind mit ihrem sozialen Engagement ein wesentlicher Pfeiler des gesellschaftlichen Gefüges. Deshalb war es uns ein dringendes Anliegen, dass die Haushaltskürzungen in diesem Bereich nicht in dem ursprünglich geplanten Ausmaß […] stattfinden.“

GEKÜRZT

Kürzungen in der Seniorenberatung

Im Geflecht zwischen Krankenkasse, Sozialhilfeträger und Pflegeversicherung kann die Orientierung vor allem für ältere Menschen leicht verloren gehen. 36 Seniorenberaterinnen und Seniorenberater in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege helfen älteren Menschen in allen Kölner Stadtbezirken, ihren Alltag leichter zu bewältigen und weiterhin selbstständig in der gewohnten Umgebung zu leben. So beraten sie zu Fragen rund um Pflege und hauswirtschaftliche Versorgung, seniorengerechtes Wohnen und unterstützen vor allem bei Behördenanträgen. Sie klären, welche Ansprüche auf Zuwendungen den Hilfesuchenden zustehen. Auch für persönliche Fragen haben sie ein offenes Ohr und vermitteln Freizeitmöglichkeiten, Selbsthilfegruppen und ehrenamtliches Engagement.
In den letzten Jahren berichten die Seniorenberater/innen von einem stetig steigenden Beratungsbedarf. Vor allem die Altersarmut nimmt zu. Gerade allein stehende Frauen geraten durch kleine Renten häufig in existenzielle Not und schämen sich, Hilfe anzunehmen. Mit viel Einfühlungsvermögen vermitteln die BeraterInnen die notwendige Unterstützung. Wenn die Hilfesuchenden nicht mehr mobil sind, machen sie auch Hausbesuche. Sie sind die ersten Ansprechpartner/innen für die sogenannten „hilflosen Personen“, machen hier eine Bestandsaufnahme und vermitteln an weitere Stellen.
Im Caritasverband arbeiten 13 Seniorenberaterinnen und Seniorenberater. Obwohl sich durch eine zunehmend älter werdende Gesellschaft und wachsende Altersarmut die Probleme bei älteren Menschen in Zukunft noch zuspitzen werden , sind auch in der Seniorenberatung Kürzungen von 10 % des Gesamtetats der städtischen Zuwendungen geplant. Das bedeutet weniger Mitarbeitende bei steigender Nachfrage. Hilfebedürftige werden längere Wartezeiten für eine Beratung in Kauf nehmen müssen. Für alte Menschen in Notsituationen ist das schlichtweg eine Katastrophe! // **Marianne Jürgens**

SeniorenNetzwerke für jung gebliebene Senioren

Kreativ im SeniorenNetzwerk

Bild: © Deutscher Caritasverband e.V./KNA

Es gibt viele jüngere Seniorinnen und Senioren, die nach ihrer aktiven Familien- und Berufsphase Zeit und Lust haben, etwas Neues auszuprobieren. Meist stellt sich aber heraus, dass es gar nicht so leicht ist, neue Betätigungsfelder und Gleichgesinnte zu finden. So stehen viele zunächst vor einer Leere. Durch Angebote von herkömmlichen Alteneinrichtungen fühlen sie sich oft nicht angesprochen. Genau hier setzen die SeniorenNetzwerke in Köln an. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der freien Wohlfahrtsverbände bringen Menschen in den Stadtteilen mit ihren Aktivitäten und Ideen zusammen und bieten den Rahmen für Freizeitgruppen und Veranstaltungen, die die Menschen vor Ort selbst einbringen. Ziel der Seniorennetzwerke ist es, zu Selbsthilfe und Selbstorganisation im Stadtteil anzuregen und Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement zu schaffen. Mittlerweile sind 5000 ältere Frauen und Männer über die Seniorennetzwerke in 44 Stadtteilen ehrenamtlich aktiv.
Vor rund 10 Jahren wurden die ersten SeniorenNetzwerke ins Leben gerufen. Fünf Netzwerke sind in Trägerschaft der Caritas. Dank der erfolgreichen Arbeit hat sich die Lebensqualität in den Stadtteilen und das Miteinander von Kulturen und Generationen erheblich verbessert. Das Konzept sieht vor, sich jeweils aus der hauptamtlichen Trägerschaft in den Stadtteilen herauszuziehen, wenn stabile Netzwerke im Stadtteil geknüpft werden konnten und sich Ehrenamtliche finden lassen, bei denen die Fäden in Zukunft zusammenlaufen. Die hauptamtlichen Mitarbeitenden starten mit der Netzwerkarbeit dann in einem weiteren Stadtteil, denn noch längst ist nicht in jedem Stadtteil dieser Bereich des Altenhilfesystems präsent.
Die Stadt plant die Kürzung der sogenannten „freiwilligen Leistung“ zur Finanzierung der Personalkosten um rund 260.000 €. Das macht 20 % der Gesamtförderung im vergangenen Jahr aus. Wird das tatsächlich so umgesetzt, müssen Stellen gestrichen und damit ein soziales Erfolgsmodell zurückggebaut werden, das präventiv der zunehmenden Isolation von älteren Menschen in einer Großstadt wie Köln entgegen wirkt. // **Marianne Jürgens**

GEKÜRZT

Die Offene Ganztagsschule in Köln: Mehr Leistung, mehr Kinder, weniger Geld

Ein qualitativ vernünftiger Ganztag braucht auch eine finanziell vernünftige Förderung. Kürzungen treffen vorrangig Schulen in sozialen Brennpunkten.
Ein Beitrag von Sibylle Klings, Geschäftsführerin IN VIA Köln e.V.

Im Schuljahr 2012/2013 erhöhte die Stadt Köln das Angebot an Ganztagsplätzen an ihren Grundschulen auf ca. 23.170 Plätze. Damit stieg die Betreuungsquote auf 70% – so hoch wie in keiner anderen Stadt in NRW.

PETER KRÜCKER, VORSTAND CARITASVERBAND KÖLN:

Bei Umsetzung der Kürzungen drohen:

- *Schließung des Ganztags ab 16 Uhr*
- *Reduzierung der Ferienbetreuung auf 3 Wochen im Jahr*
- *Qualitätsverlust in der Förderung der Kinder*

Als „Offene Ganztagsschule“ (OGTS) wird eine Grund- oder Förderschule bezeichnet, deren Schülerinnen und Schüler am Nachmittag an Förder-, Sozial- und Freizeitangeboten teilnehmen können. Finanziert werden die außerunterrichtlichen Angebote durch Fördermittel des Landes, der Kommunen sowie die Elternbeiträge. Die Stadt Köln beabsichtigt nun zum Schuljahr 2013/14, die kommunalen freiwilligen Leistungen um 800.000 € zu kürzen. Das wird einem Betrag von durchschnittlich 35 € pro Kind und Jahr entsprechen. Bereits im letzen Haushalt wurden diese Leistungen um 34 € pro Kind/Jahr gekürzt. Demgegenüber mussten die Träger seit 2009 einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 13% nachkommen, die mit etwa 3.615 € je Gruppe (25 Kinder) zu Buche schlägt. Dies hat bereits in den letzten Jahren zwangsläufig zu Personalkürzungen und Qualitätsminderungen geführt.
Die Stadt erwartet von den Trägern erweiterte Öffnungszeiten von 8 bis 17 Uhr. Zwischenzeitlich hat sich aber der Bedarf mit jährlich steigender Kinderzahl erheblich erhöht. Immer mehr Kinder bleiben länger in der Schule. Die Finanzierung jedoch wurde nicht angepasst. Die Schulen haben rund 65 Schließ- und Ferientage jährlich, an denen die Träger eine Betreuung von 8 bis 16 Uhr (bzw. 17 Uhr) gewährleisten. Die Kosten für diesen erhöhten Personalbedarf müssen aus der Regelfinanzierung getragen werden. Allerdings ist auch hier die Nachfrage gestiegen: Vor einigen Jahren haben 30% der OGS-Kinder die Ferienangebote in Anspruch genommen, heute sind es 60%.
Die Platzkapazitäten der OGTS sind in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet worden: Nahezu 90% der Grundschüler bleiben am Nachmittag in der Schule. Für die sinnvolle Verzahnung von Schul- und OGS-Angeboten, für die effektive Nutzung der Schulräume, für ein angemessenes Mittagessen, für die Vernetzung mit anderen Trägern und lokalen Sozialraum-Organisationen sind Planung und Koordinierung erforderlich. Das erfordert mehr Zeit und zusätzliches Fach- und Leitungspersonal.
Seit dem Start des Bildungs- und Teilhabepaketes in Köln sind die Träger im OGTS intensiv gefordert. Sie ermöglichen vielen Eltern und Kindern einen Zugang zu den Leistungen und unterstützen diese bei der aufwändigen Antragsstellung. Dieser Aufwand ist angemessen und kostendeckend zu honorieren.
Für einen zukunftsweisenden und qualitativ hochwertigen Offenen Ganztag in Köln muss die Stadt eine angemessene Finanzierung sicher stellen. Schon heute sind die Verhältnisse im Ganztag prekär. Die Mittel müssen ausgeweitet statt gekürzt zu werden. Über die letzten fünf Jahre hinweg sind die Mittel faktisch immer weiter reduziert worden. Eine angemessene Qualität im Ganztag bedarf auch finanziell einer entsprechenden Förderung. Kürzungen treffen vorrangig die Schulen, die an sozialen Brennpunkten stehen und von einer problematischen Schülerschaft mit besonders hohem Förderbedarf in Sachen Bildung und Erziehung besucht werden. // **Sibylle Klings**

Oben: Hausaufgabenhilfe in der OGTS
Unten: Für einen zukunftsweisenden und hochwertigen Offenen Ganztag

Bild: © Christian Schwier-fotolia.com